

Interview mit Jean-Claude Juncker in Luxemburger Wort (15. Dezember 1995)

Legende: Le 15 décembre 1995, dans un entretien accordé au quotidien luxembourgeois Luxemburger Wort, le Premier ministre luxembourgeois, Jean-Claude Juncker, expose les multiples enjeux du prochain Conseil européen de Madrid.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 15.12.1995, n° 286; 148 Jg. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/interview_mit_jean_claude_juncker_in_luxemburger_wort_15_dezember_1995-de-daa81908-5612-415e-824b-53d8cfff475.html

Publication date: 18/09/2012

„Bereits Ende 1997 Kandidaten für die Währungsunion festlegen“

LW-Interview mit Premierminister Jean-Claude Juncker zum Madrider EU-Gipfel

LW: Herr Premierminister, nicht weniger als 18 verschiedene Dossiers wollen die EU-Staats- und Regierungschefs auf dem Madrider Gipfel am kommenden Freitag und Samstag behandeln. Welches sind die wichtigsten Themen?

Jean-Claude Juncker: Wichtigstes Thema ist zweifellos die endgültige Beschlußfassung zum Übergangsszenario für die gemeinsame Währung. Es ist von wesentlicher Bedeutung, daß nach Madrid die Zweifel über die Haltbarkeit des Datums 1.1.1999 endgültig beseitigt sind. Ich gehe davon aus, daß die Kiste in Madrid zugemacht wird. Die Benelux-Staaten und Frankreich sind der Auffassung, daß die Beschlußfassung darüber, wer in die dritte Stufe der Währungsunion aufgenommen wird, im Dezember 1997 gefällt wird. Deutschland vertritt dagegen die Meinung, daß man dies aufgrund endgültiger Ist-Zahlen erst im Frühjahr 1998 tun soll. Ich gehe davon aus, daß wir zu einer Lösung kommen müssen. Ich bin eher der Auffassung, daß wir uns auf Frühjahr 98 einigen werden. Aber wenn man erst im Frühjahr 1998 entscheidet, dann sind nur noch sieben, acht Monate Zeit. Es muß klar sein, daß dies nicht auf Kosten des Datums 1. Januar 1999 gehen darf. Ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß für den Aufbau der Europäischen Zentralbank 12 Monate veranschlagt werden.

Zweites wichtiges Gipfelthema ist die Behandlung des Westendorp-Berichts zur Vorbereitung der Regierungskonferenz 1996. Ich gehe davon aus, daß wir entscheiden, Ende März 1996 die Regierungskonferenz anläßlich einer Sondertagung der Staats- und Regierungschefs in Turin zu eröffnen. Im Grundsatz wird man sich darauf einigen, daß der Westendorp-Bericht eine der wichtigsten Grundlagen für die Regierungskonferenz sein wird. Wir müssen sehen, inwiefern man schon in Madrid eine Mandatsbestimmung für die Konferenz vornehmen kann. Ein drittes wichtiges Thema ist die Sitzung mit den zwölf Beitrittskandidaten am Samstag.

LW: EU-Kommissionspräsident Jacques Santer hat an die „Chefs“ appelliert, in Madrid unbedingt einen Namen für die neue Europawährung zu finden. Die Benelux-Ministerpräsidenten haben sich für „Euro“ ausgesprochen. Was geschieht, wenn die Fünfzehn keine Einstimmigkeit erzielen sollten?

Eurowährung muß getauft werden

Jean-Claude Juncker: Ich bin nicht sehr glücklich mit dem Namen „Euro“, aber dieser scheint mir der Begriff zu sein, der es eigentlich allen erlauben sollte, zuzustimmen. Aber noch sind nicht alle Mitgliedstaaten absolut dafür.

LW: Könnte denn die geplante Aufklärungskampagne für die Bevölkerung anlaufen, ohne daß der Name feststeht?

Jean-Claude Juncker: Nein, das kann sie sicherlich nicht. Das Kind muß endlich einen Namen haben.

LW: Paris und Bonn sind der Auffassung, daß die Währungsunion nicht starten kann, wenn beide Länder nicht zusammen dabei sind. Zur Zeit ist es jedoch noch fraglich, ob Frankreich die Qualifikation schafft, die Luxemburg und Bonn bereits in der Tasche haben. Können Sie als luxemburgischer Premier der Formel „keine Währungsunion ohne Deutschland und Frankreich“ zustimmen?

Keine Währungsunion ohne Deutschland und Frankreich

Jean-Claude Juncker: Ja, dieser Formel muß ich zustimmen. Es steht zwar nicht im Vertrag, daß man Deutschland und Frankreich braucht, aber der gesunde Menschenverstand legt eirem nahe, davon auszugehen. Eine Währungsunion ohne einen der beiden Staaten wäre eine Totgeburt. Wir brauchen die beiden größten Volkswirtschaften der Europäischen Union.

LW: Möglicherweise werden sich die Staats- und Regierungschefs auch mit dem vom Bonner Finanzminister vorgeschlagenen „Stabilitätspakt für Europa“ befassen. Darin wird vorgeschlagen, daß nicht 3% wie im Maastrichter Vertrag vorgesehen, das oberste Limit für die Haushaltsverschuldung sein soll, sondern viel strenger nur 1% gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Steckt dahinter nicht die Taktik, die Meßlatte immer höher zu legen, weil die Deutschen mit Näherrücken des Datums plötzlich Angst vor dem Europageld bekommen?

Jean-Claude Juncker: Zweifellos ist es so, daß in der deutschen Öffentlichkeit Sorge entbrannt ist über die Folgen der Aufgabe der D-Mark. Populisten aller Schattierungen tun das ihre, um diese Angst weiter anzustacheln. Der von Theo Waigel vorgeschlagene Stabilitätspakt trifft auf unser prinzipielles Einverständnis. Es muß klar und deutlich gemacht werden, daß die Aufnahmekriterien für die Währungsunion bleibender Natur sind. Wir unternehmen die Konvergenzanstrengungen ja nicht, um nach Eintritt in die Währungsunion wieder eine divergierende Wirtschafts- und Finanzpolitik zu haben. Wie die Details zu regeln sind, wird geprüft werden müssen. Ich gehe davon aus, daß die Europäische Kommission Vorschläge zu unterbreiten hat. Im Vertrag steht die dauerhafte Gültigkeit der Beitrittskriterien glasklar, es braucht also nicht nachverhandelt zu werden. Ob man sich jetzt auf 1% im Normalfall einigt, ist bei Prüfung der Detailvorschläge zu regeln. Der Waigel-Vorschlag ist auch so zu verstehen, daß die Beitrittsbedingungen für die Nachzügler nicht verschieden von denen für die Länder sind, die in der ersten Phase eintreten. Es muß so bleiben, wie es in Maastricht abgemacht wurde. Präzisierungen ja, Neuverhandlungen nein.

LW: Bei der Aufzählung der Länder, die 1998 die Qualifikation zur Währungsunion schaffen konnten, ist Belgien nicht dabei. Welche Konsequenzen hätte dies für Luxemburg?

Notfalls Luxemburg ohne Belgien

Jean-Claude Juncker: Ich gehe davon aus, daß Belgien in der Aufführung des Haushalts 97 den Beweis antreten wird, daß es 1998 die Kriterien erfüllen wird. Insofern gibt es keine Zweifel daran, daß Belgien zum ersten Troß der Staaten gehört, die in die Währungsunion eintreten. Die belgische Haushaltspolitik und die Anstrengungen in anderen Bereichen z.B. in der sozialen Sicherung, zeigen, daß es keine Abkehr von diesem Haushaltssanierungskurs geben wird. Weitere Anstrengungen sind jedoch notwendig. Im Falle der Hypothese, wonach Belgien die Kriterien nicht erfüllt, was ich völlig ausschließe, würde Luxemburg ohne Belgien in die Währungsunion eintreten. Dies wäre mit erheblichen Problemen verbunden, aber in dem Fall bliebe uns keine andere Wahl. Doch Belgien wird selbstverständlich den Sprung schaffen.

Zeitplan für Regierungskonferenz nicht forcieren

LW: Der Madrider Gipfel will das Datum für den Beginn der Regierungskonferenz 1996 festlegen, möglicherweise für März in Turin, wie Sie sagten. In der Reflexionsgruppe zeigte sich, daß London fast alle große Vorhaben bereits im Vorfeld blockiert. Wäre es da nicht besser, für den Abschluß dieser Maastricht-Folgekonferenz, die Zeit nach den britischen Unterhauswahlen anzuvisieren, also nicht zu forcieren?

Jean-Claude Juncker: Ich bin ohnehin dagegen, daß man den Zeitplan forciert, aber man darf natürlich nicht von vorneherein festlegen, daß die Konferenz möglichst lange dauern soll. Mir ist durchaus bewußt, daß in Großbritannien wahrscheinlich in der ersten Jahreshälfte 1997 Unterhauswahlen stattfinden werden. Man wird während den Arbeiten erkennen, ob sich dies verzögernd auf den Konferenzverlauf auswirken wird. Doch es ist nicht zu erwarten, daß ein Regierungswechsel im Vereinigten Königreich, die Arbeit der Regierungskonferenz wesentlich vereinfachen würde. Aus den Einlassungen der Labour-Party zu europapolitischen Themen ist zwar zu erkennen, daß es Bewegung in der Sozialpolitik geben würde, jedoch nicht hinsichtlich der Währungsunion und anderen Politiken. Ich glaube nicht, daß die Labour-Party fundamental europafreundlicher wäre als die Konservativen.

LW: Im zweiten Halbjahr 1997 hat Luxemburg den EU-Vorsitz und könnte die Konferenz abschließen...

Jean-Claude Juncker: Dies wäre sicherlich nicht zum Schaden Europas, aber wir visieren das nicht

zielstrebig an.

LW: Nach Madrid wurden auch die Regierungschefs aus zehn mittel- und osteuropäischen Ländern eingeladen, wie Sie schon sagten. Sechs Jahre nach dem Zusammenbruch des Ostblocks scheint die Erweiterungs-Euphorie im Westen ziemlich verflogen zu sein. Wäre es nicht besser, den Beitrittskandidaten reinen Wein einzuschenken?

Osterweiterung von fundamentaler Bedeutung für Friedenserhaltung, aber erst die EU-Vertiefung

Jean-Claude Juncker: Es ist inzwischen unbestritten, daß die Erweiterung der EU nach Osten von fundamentaler Bedeutung für die Friedenserhaltung auf unserem Kontinent ist. Insofern ist die Erweiterung eine unumstößliche Tatsache. Viele Länder sind allerdings inzwischen zurückhaltend, weil es ihnen dämmert, daß die Perspektive der Erweiterung einen derartigen Druck auf den Zeitplan ausüben könnte, daß man es völlig unterläßt, die Regierungskonferenz zu einer „Vertiefungsveranstaltung“ zu machen. Es kann nicht so sein, daß man Freitag abend feststellt, am kommenden Montag morgen kommt die Erweiterung, und wir müssen jetzt schnell das institutionelle Gefüge danach ausrichten. Wenn sich die Europäische Union nicht vorher vertieft, wird sie nach der Erweiterung zu einer gehobenen Freihandelszone. Dieses Konzept ist zu oberflächlich um die komplizierten Fragen auf einem komplizierten Kontinent auf Dauer beantworten zu können. Allerdings muß die Frage beantwortet werden, ob denn alle zwölf Beitrittskandidaten mit gleicher Intensität und gleichem Umfang beitreten.

LW: Ist die Osterweiterung überhaupt zu finanzieren?

Jean-Claude Juncker: Natürlich stellt sich ein erhebliches Finanzierungsproblem. Man wird bei jedem Schritt, den man in punkto Währungsunion, Künftige Finanzierung und Regierungskonferenz macht, überlegen müssen, daß sich diese drei Fragen stellen, ohne daß man die drei Pakete miteinander verknüpfen sollte. Es hat keinen Sinn, in den Bevölkerungen, Beitrittskandidaten, Illusionen zu erwecken. Die Vorbereitungsphase für die Kandidaten wird lang und schwierig sein. Andererseits wird es ebenso schwer sein, die Europäische Union beitriffsreif zu machen. Bedenken Sie, daß alle zwölf Beitrittskandidaten mit 100 Millionen Einwohnern ein Bruttosozialprodukt haben, das knapp über dem niederländischen liegt, das rund 15 Millionen erwirtschaftet.

LW: Herr Premierminister, wir bedanken uns für dieses Gespräch.